

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI 01/2014

Nein zur Abschottungsinitiative

Die SVP-Abschottungsinitiative löst keine Probleme und gefährdet die Beziehungen zu Europa. Die EVP erachtet sie als eine in jeder Hinsicht ruinöse Vorlage.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der Migrationspolitik. Sie will in der Verfassung verankern, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern mittels Kontingenten für sämtliche Kategorien des Ausländerrechts inkl. Asylbereich steuern kann. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen soll beschränkt werden können. Völkerrechtliche Verträge, die diesen Grundsätzen widersprechen, dürften nicht abgeschlossen werden, bereits bestehende wären innerhalb von 3 Jahren anzupassen.

Retrokonzept setzt Beziehungen zu Europa aufs Spiel

Die Vorlage will eine knallharte Selektion nach Fachkompetenz, Bildung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Einwanderungswillige sollen kategorisiert werden: der passt uns, diese nicht. Wird eine Arbeitskraft nicht mehr gebraucht,



besteht kein Anspruch auf dauerhaften Verbleib.

Die Beziehungen zur EU leben von einem Geben und Nehmen. Die Initiative will sich aufs Nehmen beschränken. Sie steht im Konflikt mit der Personenfreizügigkeit. Ihre Annahme würde wegen der Guillotine-Klausel wohl dazu führen, dass das ganze erste Paket der bilateralen Verträge zu Fall käme. Das dies in Kauf genommen, ja womöglich gewünscht wird, ist fahrlässig. Die SVP ventiliert ein Retrokonzept, das einer vermeintlichen Stellung der Schweiz nachtrauert. Es beruht auf einer gigantischen Überschätzung unserer Verhandlungsmacht, was unsere Optionen drastisch reduzie-

ren könnte. Obwohl die EU unser wichtigster Handelspartner ist, geistert noch immer die Vorstellung in den Köpfen herum, die EU sei mehr auf uns angewiesen als umgekehrt.

Faire Bedingungen für alle

Die Zuwanderung von Arbeitskräften ist für ein kleines Land wie die Schweiz, das wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben will, eine absolute Notwendigkeit. Denken wir nur an die Spitäler und die Langzeitpflege, die nicht mehr funktionieren würden ohne ausländisches Personal.

Dass die Migration auch Probleme mit sich bringt, ist völlig klar. Niemand verkennt die Herausforderungen in der Integration, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Infrastruktur- und Raumplanung und im Bildungssektor. Es ist richtig, dass Massnahmen gegen Lohndumping ergriffen werden. Die Gesamtarbeitsverträge müssen eingehalten werden. Auch den missbräuchlichen Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfegeldern muss man stoppen. Wir wollen keine Einwanderung ins Sozialsystem für Menschen, die nie hier gearbeitet haben. Aber es ist wichtig, dass faire Bedingungen herrschen, auf die sich Einwanderer und Hiesige verlassen können.

Die SVP-Abschottungsinitiative ist eine in jeder Hinsicht ruinöse Vorlage. Die Delegierten der EVP Schweiz haben sie am 30. November in Winterthur mit 82 zu 11 Stimmen zur Ablehnung empfohlen.

KOMMENTAR



Der Zeit voraus!

Es war im Jahre 1921 als die EVP in ihrem ersten Parteiprogramm das «Übel der Steuerhinterziehung, wie es unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses verbreitet ist» anprangerte. Mehr als 90 Jahre später hat sich die Schweizer Politik endlich bewegt. Ein Jahr ist es her seit Marianne Streiff ein Postulat einreichte, in dem sie zur Bekämpfung des Menschenhandels die Prüfung eines Sexkaufverbots nach schwedischem Vorbild forderte. Mit einem Jahr Verzögerung lancierten die Medien die Diskussion auch hierzulande. Noch ist der Widerstand gross. Gleiches erfahren wir auch mit unserer Erbschaftssteuer-Initiative. Der Bundesrat lehnt sie genauso ab wie die Phalanx rechter Parteien. Die heilige Kuh der kantonalen Steuerautonomie dürfe nicht angetastet werden. Was haben diese drei Themen gemeinsam? Die EVP war bzw. ist mit diesen Forderungen ihrer Zeit voraus. Doch der Wind kann sich drehen. So war es beim Kampf gegen die Steuerhinterziehung oder beim Sexkaufverbot in Schweden. Und so kann es auch bei den Erbschaftssteuern sein. Der EVP-Güggel hatte seinen Kopf in den vergangenen Jahrzehnten jedenfalls nicht selten hart im Wind.

Joel Blunier, EVP-Generalsekretär

Anzeige

fachlich fundiert -
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

Erfahrung und Jugend vereint

An der letzten Delegiertenversammlung der EVP Schweiz war Verena Bräm mit dabei. Die 81-jährige wurde in einer Kampfwahl Bezirksrichterin, wurde Kantonsrätin, präsidierte unsere Zürcher Kantonalpartei und wurde die erste Frau im Obergericht des Kantons Zürich. Ich denke sehr gerne an die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Verena bei meinen politischen Anfängen zurück. Im Rahmen einer EVP-Veranstaltung traf ich kürzlich Hubert Rüegg aus Wetzikon ZH. Der 85-jährige ist seit 1948 Mitglied; wir kennen uns seit 1969; er leitete den Aktionsausschuss der EVP Schweiz. Persönlichkeiten wie Verena im Vordergrund und Hubi in verschiedensten Parteiämtern sind für uns sehr wichtig. Ich bin von Herzen dankbar für alle Mitglieder, auf welche wir seit Jahrzehnten zählen dürfen.



Gleichzeitig freue ich mich sehr über junge, motivierte Mitglieder. So hat die Kantonalpartei St.Gallen mit dem jungen Samuel Eugster, der seinen Bachelor in Volkswirtschaft abgeschlossen hat, seit 1. Dezember einen neuen teilzeitlichen Parteisekretär. Einen jungen Sekretär hat mit Simon Hug auch die EVP Frutigen. Samuel: «Was mir an der EVP so gut gefällt, ist, dass sie eine klar auf christlichen Werten basierte, vernünftige Politik betreibt.» Simon: «Das Familiäre im Umgang miteinander empfinde ich als etwas sehr Positives. Dies gehört sicher zu den Stärken der EVP.» Dies sind hoffnungsvolle Zeichen für unsere Zukunft!

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Es ist wichtig, dass die Schweiz sämtliche Massnahmen zum Schutz der Frauen prüft. Dazu gehört auch ein Verbot der Prostitution.»

EVP-Nationalrätin Marianne Streiff in der «Schweiz am Sonntag» vom 17. November 2013 zu ihrem Postulat, mit dem sie den Bundesrat dazu auffordert, ein Prostitutionsverbot und dessen Auswirkungen auf den Menschenhandel zu prüfen.

«Marianne Streiff engagiert sich aus der grundehrlichen Überzeugung der Nächstenliebe.»

Schlussatz eines starken Porträts über EVP-Nationalrätin Marianne Streiff in der Berner Zeitung vom 29. November 2013.

«Das finde ich grossartig.»

Die deutsche Frauenrechtlerin Alice Schwarzer über Marianne Streiff und ihren Vorstoss in der «Schweiz am Sonntag» vom 17. November 2013. Streiff über Schwarzer: «Ich finde Schwarzer cool. Ihr Anliegen kommt von der emanzipatorischen Seite, meines aus einer Werthaltung heraus. Zusammen wollen wir dasselbe, den Schutz der Frauen.»

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 30. November 2013 in Winterthur für die Abstimmung vom 9. Februar 2014:

- Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)** **JA**
- Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»** **JA**
- Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung»** **NEIN**

AUS DEM INHALT

- EVP prüft Freierverbot:** **4**
Ein Postulat wirft nach einem Jahr hohe Wellen
- Initiative «Privatsache»:** **5**
Die EVP will weniger Abtreibungen
- Freihandelsabkommen mit China:** **6**
Die fehlenden Menschenrechte wiegen zu schwer

Mehr Sorgfalt bei Fragen von Leben und Tod!

In Basel hat sich ein brisanter Fall von Suizidbeihilfe ereignet, bei dem mutmasslich mehrfach Standesregeln verletzt worden sind. Die EVP-Grossrätin Annemarie Pfeifer hat ihn öffentlich gemacht. Sie will den Sterbetourismus möglichst verhindern.

Annemarie Pfeifer, anfangs November haben die EVP Basel-Stadt und die EVP Schweiz an einer gemeinsamen Medienkonferenz über einen «brisan-ten Fall der Suizidbeihilfe» berichtet. Wie kam es dazu?

Ich beobachte die Entwicklungen bei der Suizidbeihilfe seit Jahren mit Sorge. Als im Juni erste Presseberichte über die neue Suizidhilfeorganisation «Eternal Spirit» im Raum Basel erschienen, wollte ich vom Regierungsrat mit einer Interpellation wissen, wie er seine Aufsichtsfunktion wahrnimmt und wie er sicherstellt, dass die Stiftung nicht gewinnorientiert oder aus selbstsüchtigen Motiven handelt, was nach Artikel 115 des Strafgesetzbuches verboten wäre.

Was hat er dir geantwortet?

Er versicherte mir, dass «alle gesetzlichen Regelungen wie auch die Standesregeln vorbehaltlos eingehalten» würden und dass die Behörden allfällige Missbräuche sofort ahnden würden. Dies sei der Kontaktperson von «Eternal Spirit» bereits im Februar 2012 mitgeteilt worden und gelte ohne Einschränkung.

Nun liegen dir Unterlagen vor, welche zeigen, dass Eternal Spirit es in mindestens einem Fall mit den Standesregeln und Sorgfaltspflichten nicht so genau nahm. Was ist passiert?

Im April mussten Angehörige in Italien entsetzt erfahren, dass der



Annemarie Pfeifer.

62-jährige Richter Pietro d'Amico in Basel mittels gefälschter Arztberichte und der genannten Organisation aus dem Leben schied. Eine Obduktion durch die Rechtsmedizin der Uni Basel ergab keinerlei Anzeichen für die behauptete Krankheit.

Was lief falsch?

Die Arztberichte aus Italien bescheinigten dem Familienvater eine Lues tertiana im Endstadium: eine Krankheit, die nur durch Gewebeprobe nachgewiesen werden kann. Solche Analysen blieben jedoch aus und die Arztberichte wurden nicht überprüft. Selbst wenn diese Erkrankung vorgelegen hätte, wäre eine Suizidbegleitung mit den Standesregeln nicht zu vereinen gewesen, weil die Nähe des Todes fehlte. Weiter hat die

Verantwortliche von «Eternal Spirit» das Rezept für die tödliche Dosis Natrium-Pentobarbital ausgestellt, bevor das notwendige ärztliche Zweitgutachten vorlag. Dieses traf erst einen Tag später ein. Insgesamt wecken die Fakten den Verdacht, dass eine ernsthafte medizinische Abklärung gar nicht gewollt war.

Was unternimmst du politisch?

Ich habe den Regierungsrat mit einem Vorstoss dazu aufgefordert, den Fall zu untersuchen, den Sterbetourismus einzuschränken und der Gefahr von Missbräuchen vorzubeugen. Gleichzeitig muss die palliative Pflege ausgebaut werden. Weiter haben wir mit der Medienkonferenz in Basel die Öffentlichkeit sensibilisiert.

Weshalb ist der Sterbetourismus besonders anfällig für Missbräuche?

In der kurzen Frist, in der die Sterbewilligen in der Schweiz weilen, können Urteilsfähigkeit und Konstanz des Sterbewunsches unmöglich seriös abgeklärt werden. Zudem muss dies zwangsläufig von Ärzten vorgenommen werden, welche die Betroffenen und

ihre Leidensgeschichte kaum kennen. Weiter kommen sprachliche und kulturelle Barrieren dazu, welche Missverständnisse oder Missbräuche begünstigen können. Schliesslich müssen wir uns auch überlegen, welche Belastungen der Sterbetourismus für die Angehörigen bedeutet und was für ein Bild die Schweiz damit im Ausland abgibt.

Inwiefern siehst du das strafrechtliche Gebot der Uneigennützigkeit verletzt?

Ich stelle einfach fest, dass die 8500 Euro, welche Sterbewillige für eine Suizidbegleitung überweisen, in keiner Weise durch entsprechende Kosten belegt sind. Es besteht die Gefahr, dass der Sterbetourismus für die Suizidhilfeorganisationen nicht zuletzt unter ökonomischen Gesichtspunkten interessant ist. Das aber wäre mit Artikel 115 des Strafgesetzbuches nicht zu vereinen und strafbar. Es ist völlig einleuchtend, dass mit der Beihilfe zum Suizid kein Geschäft betrieben werden darf.

Dein Fazit aus dem Fall?

Mich stimmt traurig, dass sich in Basel Suizidhilfefälle ereignen können, bei denen mehrfach Standesregeln verletzt werden und dass diese Organisationen ungehindert im Ausland für ihre Dienste werben können. Der Fall des italienischen Richters zeigt exemplarisch auf, dass bei der organisierten Suizidbeihilfe keineswegs alles so problemlos abläuft, wie einem die Suizidhilfeorganisationen glauben machen wollen.

EVP-Vorstösse in verschiedenen Kantonen

Die EVP hat in mehreren Kantonen die Regierung dazu aufgefordert,

- in einem Bericht darzulegen, wie sie ihre Aufsichtspflicht angesichts dieser Vorfälle wahrnehmen will,
- eine jährliche Statistik der Todesfälle unter Mitwirkung von Suizidhilfeorganisationen zu veröffentlichen und
- den Sterbetourismus einzuschränken, indem bei Patienten aus dem Ausland ein ausführliches Gutachten nach Schweizer Qualitätsstandards und/oder eine Mindestzahl an Gesprächen verlangt wird.

Diese Forderung reichte Grossrätin Annemarie Pfeifer im Kanton Basel-Stadt ein (als Anzug), Landrätin Elisabeth Augstburger im Kanton Basel-Landschaft, Grossrätin Lilian Studer im Kanton Aargau (beide als Postulat) und Kantonsrat René Steiner im Kanton Solothurn (als Interpellation).

Annemarie Pfeifer, 59

verheiratet, 3 erwachsene Söhne, 2 Grosskinder
Beruf: Psychologische Beraterin / Lehrerin
Politik: Gemeinderätin in Riehen, Grossrätin Kanton Basel-Stadt
Kirche: Evangelisch-reformierte Landeskirche
Hobbys: Lesen, Garten, Reisen.



Verantwortung wahrnehmen!

Das Forum christlicher Führungskräfte 2014 steht unter dem Motto «Verantwortung wahrnehmen!». Es wendet sich in erster Linie an Menschen, die in Verantwortung stehen – der Aufruf gilt aber eigentlich allen.

Wir stehen mitten in einer Entwicklung, die mir zu denken gibt. Wir produzieren laufend neue Gesetze und Einschränkungen – oft mit guter Absicht. Wir geben Verantwortung an den Staat ab und erhoffen uns dadurch mehr Sicherheit. Doch das geht auf Kosten der persönlichen Freiheit. Der Staat, getrieben von politischen Kräften, übernimmt laufend neue Kompetenzen und Aufgaben. Er drängt sich – mit unserer Unterstützung oder zumindest Duldung – in Bereiche hinein, in denen er nichts zu suchen hat. Um der Professionalisierung willen werden ständig neue Anforderungen mitsamt den entsprechenden Kontrollen eingeführt. Normen werden regelmässig verschärft. Dabei hat der Staat längst ein eklatantes Vollzugsproblem. Wer hat denn schon gewusst, dass er für seinen Babysitter AHV-pflichtig ist und eine Unfallversicherung abschliessen müsste?

Vollends fatal wird es, wenn die Überregulierung ins Totalitäre kippt. Wenn uns nicht nur vorgeschrieben wird, was wir zu tun und lassen haben, sondern auch wie wir zu denken haben. Wir Christen gehörten zu den ersten, welche unter die Räder kämen, in einer Gesellschaft, die nur vordergründig offen ist. Wir haben deshalb ein vitales Interesse an einer Debatte, die unterschiedliche Meinungen zulässt und einem Staat, der um seine Grenzen weiss. Dr. Paul Beyeler ist Geschäftsführer des FORUM 2014.

Gute Basis für den öV

Mit FABI werden Ausbau, Betrieb und Substanzerhalt des Eisenbahnnetzes auf eine finanziell gesunde Basis gestellt. Die EVP unterstützt die Vorlage für den öffentlichen Verkehr.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Die Schweiz hat ein hervorragendes öV-Angebot. Damit dies so bleibt, muss in den nächsten Jahren weiter in die Schieneninfrastruktur investiert werden. Mit dem «Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI) sollen Ausbau, Betrieb und Substanzerhalt des Eisenbahnnetzes auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die Vorlage ist ein direkter Gegenentwurf zur VCS-Initiative «Für den öffentlichen Verkehr», welche von der EVP unterstützt worden ist. Die Initianten haben ihr Begehren zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen.

Mehr Züge, raschere Verbindungen

FABI besteht aus einem Ausbau- und einem Finanzierungsteil. Im Ausbauschnitt 2025 ist festgelegt, welche Engpässe beseitigt werden und wo die öV-Kunden bessere

Verbindungen erhalten. Dafür sind in den nächsten 12 Jahren rund 6.5 Milliarden vorgesehen. Die weiteren Ausbauschnitte sollen künftig alle vier bis acht Jahre vom Parlament definiert werden.

Mittel gezielter einsetzen

Finanzseitig will FABI die heutigen Mittel in einem neuen, zeitlich unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) zusammenführen. Heute finanziert der Bund die Eisenbahninfrastruktur aus drei verschiedenen Gefässen. Diese komplexe Struktur wird mit dem neuen Bahn-Fonds wesentlich vereinfacht. Die Steuerbarkeit wird verbessert und der Bund kann die Mittel vermehrt aufgrund einer strategischen Gesamtschau vergeben.

Damit das Geld im Fonds reicht, erhebt der Bund von 2018 bis 2030 ein zusätzliches Mehrwertsteuerpromille und will den Pendlerabzug bei der direkten Bundessteuer auf 3000 Franken pro Jahr beschränken. Auch die Verkehrsunternehmen und die

Kantone tragen ihren Anteil. So wird sichergestellt, dass Ausbau, Betrieb und Substanzerhalt auch finanziert werden können.

FABI garantiert eine solide und faire Finanzierung, gewährleistet die Mobilität der Schweiz bei vergleichsweise tiefer Umweltbelastung, ermöglicht neue Angebote und bringt damit die ganze Schweiz voran: Die Delegierten der EVP haben deshalb am 30. November in Winterthur einstimmig die Ja-Parole beschlossen.



EVP-Nationalrätin Maja Ingold ist überzeugt von FABI.

EVP prüft «Freierverbot»

Ein Postulat von Nationalrätin Marianne Streiff wirft ein Jahr nach der Einreichung grosse Wellen.

(nh). Im Dezember 2012 hat EVP-Nationalrätin Marianne Streiff ihr Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung» eingereicht. Der Bundesrat sollte einen Bericht verfassen, in welchem untersucht wird, welchen Einfluss ein Prostitutionsverbot auf die Bekämpfung des Menschenhandels hätte. «Heute verspricht der Menschenhandel hohe Gewinne bei tiefen Risiken. Es muss genau umgekehrt sein. Die Schweiz muss unattraktiver werden für Menschenhändler», betont Streiff. Es sei wich-

tig, dass der Bund alle Massnahmen zum Schutz der Frauen prüfe. Dazu gehöre auch ein Prostitutionsverbot.

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, diesen Prüfauftrag entgegenzunehmen, der Nationalrat hat ihn am 22. März 2013 überwiesen. Ein halbes Jahr später gräbt die «Schweiz am Sonntag» den Vorstoss aus – und löst eine grosse Medienberichterstattung aus. Dabei wird oft unterschlagen, dass ein Bericht nicht dasselbe ist wie eine Forderung und dass sich sämtliche Repression ausschliesslich gegen die Freier und

nicht gegen die Frauen richten soll. Die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen wird unter Strafe gestellt, nicht das Anbieten davon. Die Prostituierten werden nicht kriminalisiert. Schweden hat damit gute Erfahrungen gemacht. Natürlich mutet es seltsam an, wenn sich Frauen prostituieren, Freier dieses Angebot aber nicht benutzen dürfen. Doch dieser Unterschied ist gewollt und für den Schutz der Frauen wichtig. Aus heutiger Sicht unterstützt die EVP solche Modelle. Sie ist sich bewusst, dass sich der Menschenhandel auch mit einem Prostitutionsverbot nicht aus der Welt schaffen lässt. Doch schon eine kleine Verbesserung kann einen Riesenunterschied machen. Deshalb bleibt die EVP dran.

EVP will weniger Abtreibungen

Mit der Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» werden Abtreibungen künftig nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt. Die EVP unterstützt die Vorlage.

VALÉRIE KASTELER-BUDDE,
CO-PRÄSIDENTIN DER PEV GENEVE

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» verlangt, dass Abtreibungen künftig nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden. Eine Ausnahme bilden seltene, gesundheitliche Gefährdungen der Mutter.

Abtreibungen sind keine Bagatel­len. Sondern können schwerwiegen­de gesundheitliche Folgen haben. Die EVP will deshalb die Zahl der Abtreibungen senken. Sie setzt sich seit jeher für den umfassenden Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tod ein. Deshalb gehören alt Nationalrat Walter Donzé und Nationalrätin Marianne Streiff zu den Initianten. Und deshalb steht im Parteiprogramm der EVP exakt, was auch die Initiative will: «Der nicht medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbruch wird aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung gestrichen.»

Kassen zahlen aus historischen Gründen

Die Kostenpflicht der Krankenkassen stammt aus der Zeit als Schwangerschaftsabbrüche nur aus medizinischen Gründen erlaubt waren. Mit der Einführung der Fristenregelung hätte man diese Frage neu regeln müssen. Es ist störend, dass seither alle Verhütungsmittel klaglos selbst bezahlt werden, eine Abtreibung aber von den Kassen beglichen wird.

Schwangerschaft ist keine Krankheit. Das Krankenversicherungsgesetz ist dazu da, menschliches Leben zu heilen, zu retten und zu schützen. Niemand darf gegen sein Gewissen verpflichtet werden, Abtreibungen anderer mitzufinanzieren. Die Solidarität in der Krankenversicherung gilt nicht



Valérie Kasteler-Budde, Co-Präsidentin der EVP Kanton Genf sowie des Initiativkomitees, wirbt vor den Delegierten für ein Ja.

grenzenlos. Die Gewissensfrage ist zu respektieren.

Weitere Massnahmen bleiben notwendig

Im Entwurf zum neuen Parteiprogramm schlägt die EVP eine ganze Reihe von Massnahmen vor, welche helfen sollen, Abtreibungen möglichst zu verhindern. Ein altersgerechter, wertorientierter Sexualkundeunterricht soll Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und sie befähigen, Grenzen zu setzen. Schwangere Frauen müssen Zugang haben zu einer fundierten und differenzierten Beratung und in Notlagen auch finanziell unterstützt werden. Vor Abtreibungen soll eine einwöchige Wartefrist eingeführt werden. Die anonyme Geburt mit anschliessender Freigabe zur Adoption soll ermöglicht, Babyklappen als letzte Möglichkeit unterstützt werden. Vor pränatalen Tests müssen die Eltern über die möglicherweise entstehenden Gewissenskonflikte aufgeklärt

werden. Schliesslich darf keine Benachteiligung erfahren, wer die Mitwirkung bei Abtreibungen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann.

Kritische Stimmen haben Platz

Es gibt in der EVP auch Stimmen, die bemängeln, dass sich die Initiative einseitig gegen sozial schwächer gestellte Frauen richte und deren Gesundheit gefährde. Es sei falsch, Leistungen der Krankenkassen vom Verhalten der Menschen abhängig zu machen. Doch in Österreich werden Abtreibungen seit 40 Jahren privat finanziert, ohne dass illegale Abtreibungen bekannt wären oder jemand von Zweiklassen-Medizinsprache.

Die Initiative stellt die Fristenlösung nicht in Frage, will aber die Schwelle für Abtreibungen erhöhen, indem auch die finanziellen Konsequenzen bedacht werden müssen. Die Delegiertenversammlung vom 30. November in Winterthur empfiehlt die Initiative mit 59 zu 31 Stimmen bei 15 Enthaltungen zur Annahme.

EVP-Initiative: Botschaft liegt vor

Der Bundesrat hat dem Parlament die Botschaft zur Erbschaftssteuerreform vorgelegt. Wenig überraschend beantragt er mit Verweis auf die kantonale Steuerautonomie ihre Ablehnung ohne Gegenvorschlag. Dabei wird immer deutlicher: die AHV braucht zusätzliche Einnahmen. Das weiss auch der Bundesrat. So will Innenminister Alain Berset mit seiner grossen Rentenreform die Mehrwertsteuer um bis zu zwei Prozentpunkte erhöhen. Eine Erbschaftssteuer, wie sie die EVP-Initiative fordert, wäre die weit sinnvollere Alternative. Sie hätte volkswirtschaftlich viel kleinere Auswirkungen, wäre sozial verträglich und brächte Einnahmen in der Grössenordnung von einem Mehrwertsteuerprozent. Das letzte Wort werden die Stimmberechtigten haben!

Lehrplan 21: Der Unmut wächst

Die EVP Schweiz hat zusammen mit den Kantonalparteien eine Musterstellungnahme zum Lehrplan 21 ausgearbeitet, welcher bis Ende Jahr in den Kantonen und auf nationaler Ebene in Vernehmlassung war. Für die EVP ist der Lehrplan zu umfangreich und zu kompliziert ausgefallen. Er schießt am Ziel vorbei, weil nur Kompetenzen, aber keine Lerninhalte definiert werden. So gelingt die angestrebte Harmonisierung nicht. Am schwersten wiegt jedoch das Fehlen sämtlicher christlicher Bezüge. Jetzt darf man gespannt sein, wie die EDK mit der wachsenden Kritik am Grossprojekt umgeht.

Am 21. Januar lädt die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (www.agck.ch) in Bern zu einem hochkarätigen Podiumsgespräch zur «Religion im Lehrplan 21».

Reformationsjubiläum in der Schweiz?

Während Deutschland 500 Jahre Reformation mit einer «Lutherdekade» feiert, ist hierzulande noch wenig zu spüren vom Reformationsjubiläum. Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) will vom Bundesrat wissen, ob das nicht eine Chance wäre für die Schweiz und ob er bereit wäre, sich zusammen mit den Kirchen, dem Kirchenbund und den Kantonen zu engagieren.

Minderheitsrechte in Israel

In Israel sollen ca. 70'000 Beduinen trotz traditioneller Landrechte mit systematischer Enteignungspolitik vertrieben werden. Maja Ingold fragt den Bundesrat per Interpellation, ob sich diese Politik mit internationalen Übereinkommen vereinbaren lasse, ob sich die Schweiz für die Menschen- und Minderheitsrechte der Betroffenen – immerhin israelische Staatsbürger – einsetze und ob er bereit sei, die Menschenrechtsverletzungen im UNO-Menschenrechtsrat zu thematisieren.

Faire Arbeitsbedingungen

Nationalrätin Maja Ingold will in der Fragestunde in zwei Punkten Auskunft vom Bundesrat. Erstens wird offenbar oft gegen den Normalarbeitsvertrag für Hausangestellte verstossen. Wie will der Bundesrat dafür sorgen, dass der Vertrag besser eingehalten wird? Zweitens hat eine Studie ergeben, dass international nur in einem Viertel der Freihandelsabkommen Vorschriften über minimale Arbeitsbedingungen zu finden sind. Maja Ingold will vom Bundesrat wissen, wie die von der Schweiz abgeschlossenen Freihandelsabkommen diesbezüglich abschneiden.

Kein Freihandel ohne Menschenrechte

Die Wintersession ist geprägt vom Ringen ums richtige Budget und zwei Volksinitiativen. Ein ungutes Gefühl bleibt beim Freihandelsabkommen mit China.

(nh). Die EVP lehnt die **Mindestlohninitiative** zusammen mit dem Nationalrat ab. Zwar hat die Bekämpfung der Familienarmut hohe Priorität, doch Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze und Teillohnprojekte. Hingegen will die EVP die Hürden für die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen senken.

Die EVP will das **Freihandelsabkommen mit China** wegen der fehlenden Erwähnung der Menschenrechte zurückweisen. Doch der Nationalrat dies ab und will das Abkommen auch nicht dem Referendum unterstellen.

Die **Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»** fordert ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für verurteilte Sexualstraftäter, was rechtsstaatlich problematisch ist. Sie wird frühestens im Mai 2014 zur Abstimmung kommen. Das Parlament hat das Gesetz bereits verschärft. Wer künftig wegen einer Sexualstraftat an Kindern verurteilt wird, darf für mindestens 10 Jahre keiner Tätigkeit mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen mehr nachgehen. Richtig so!



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.

Der Bundesrat muss im **Budget 2014** beim Sach- und Betriebsaufwand pauschal 150 Millionen einsparen – bei einem Etat von 66 Milliarden Franken. Gleichzeitig soll der Ausgabenplafonds der Armee von heute 4,4 auf 5 Milliarden erhöht werden. Hoffentlich geht diese Rechnung auf!

Zugleich heisst es «Zurück auf Feld Eins» beim **Konsolidierungspaket** (Sparprogramm), trotz sich abzeichnender Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt.

Im Restaurant wird der MWST-Normalsatz fällig, beim Take-Away oder im Laden der reduzierte Satz. Die EVP kann darin keine Diskriminierung erkennen und lehnt die **Gastrosuisse-Initiative** ab.

Keine Einigung beim **Bürgerrechtsgesetz**. Die Rechte möchte den Vorschlag des Bundesrates verschärfen, die Linke möchte ihn aufweichen. Nur die EVP findet ihn gut und bleibt in der Mitte.

Der Nationalrat hat einem verfeinerten **Risikoausgleich** zwar zugestimmt, eine verbesserte Aufsicht über die Krankenkassen jedoch abgelehnt. Er hat das **Krankenversicherungsaufsichtsgesetz** an den Bundesrat zurückgewiesen.

Weiterbildung bleibt Privatsache, der Bund legt nur die Grundsätze fest. Für die EVP ist wichtig, dass die Abschlüsse transparent miteinander verglichen werden können.

Transplantationen: Der Ständerat hat den Wechsel zur Widerspruchslösung abgelehnt. Es bleibt dabei, dass es die ausdrückliche Zustimmung einer Person zur Organspende braucht.

Kein Pranger für Restaurants: Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen bleiben geheim. Für die EVP ist wichtig, dass die Deklarationspflichten im **Lebensmittelgesetz** ausgebaut werden.

TERMINE

- 24. Januar 2014 EVP Schweiz, Zürich: Kurs «Neu in der EVP»
- 25. Januar 2014 EVP Schweiz, Olten: Fokustag «Sicherheit» (inkl. Parole zum Gripen)
- 9. Februar 2014 Eidgenössische Volksabstimmung
- 15. März 2014 EVP Schweiz, Ort offen: Kadertag
- 27. März 2014 EVP Schweiz, Zürich: Kurs «Webseiten für Ortsparteien (Typo3-Schulung)»
- 4. April 2014 EVP Schweiz, Biel: Zentralvorstand
- 5. April 2014 EVP Schweiz, Biel: 95. ordentliche Delegiertenversammlung (mit Jubiläumsfeier)

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 21. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2014
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.–/Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Claudia Bandixen, Joel Blunier, Maja Ingold, Ruedi Löffel, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.



EVP mit neuem Leiter Kommunikation

Jean-Daniel Roth ist seit 1. Januar der neue Leiter Kommunikation der EVP Schweiz. Er ist ursprünglich Pädagoge und hat sich in Unternehmenskommunikation weitergebildet. Der 42-jährige ist verheiratet und lebt mit Frau und Kindern im Kanton Solothurn. Mit Jean-Daniel Roth gewinnt die EVP eine innovative und nicht zuletzt zweisprachige Kommunikationspersönlichkeit.

Sein Vorgänger Niklaus Hari bleibt mit politischen Aufgaben für die EVP Schweiz tätig. Er hat sein Pensum wegen neuer Aufgaben in Kirchgemeinde und Familie auf eigenen Wunsch auf 40% reduziert.

Neues Programm

Die EVP Schweiz überarbeitet ihr Parteiprogramm und hat dieses bis Ende Januar bei allen EVP-Sektionen in Vernehmlassung gegeben. Jede Rückmeldung ist willkommen und sei sie auch nur punktuell! Sie kann sich auf jene Kapitel beschränken, die besonders wichtig sind oder zu denen Fachkompetenzen vorhanden sind.

Parole zum G ripen

Am 25. Januar befasst sich die EVP in Olten mit der «Sicherheit in der Schweiz». Am Morgen wird das Thema von unterschiedlicher Seite beleuchtet, am Nachmittag folgt die Parolenfassung zur Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges Gripen. Der Sonderparteitag richtet sich an interessierte Mitglieder und Freunde der EVP (nicht nur an Delegierte).

Erfreulicher Wahlherbst

Die EVP Kanton Bern kann mit wenigen Ausnahmen auf einen erfolgreichen Wahlherbst zurückschauen.

(nh). In **Grosshöchstetten** wurde Martin Steiner zum neuen Gemeindepräsidenten gewählt. Zusammen mit Christine Hofer (neu) und Andreas Oetliker (bisher) stellt die EVP 3 Mitglieder in der Exekutive. In **Inkwil** wurde Benjamin Schaad (siehe Bild) neu in den Gemeinderat gewählt. In **Jegenstorf** wurde Gemeinderat Robert Alder bestätigt und Donald Vogt neu zum Vizegemeindepräsident gewählt. In **Frutigen** hat die EVP einen Sitz verloren und ist noch mit Hans Peter Bach im Gemeinderat vertreten, Konrad Klötzli ist Vizegemeindepräsident. Als Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte (Exekutive) wurden bestätigt: Monika Brunner (**Amsoldingen**), René Müller (**Adelboden**), Lukas Eschbach (**Büren an der Aare**), Hansjörg Kurt (**Konolfingen**), Hanspeter Schmutz (**Oberdiessbach**) und Christine Grogg (**Thunstetten**).

Von den Parlamentsgemeinden ist folgendes zu berichten: In **Münsingen** wurde Jakob Hasler als Gemeinderat bestätigt. Auch im Parlament behält die EVP 3 Sitze mit Verena Schär, Dieter Blatt und Werner Fuchser (alle bis-

her). Die EVP **Lyss** gewann trotz Verkleinerung des Parlaments mit Sara Schnegg einen sechsten Sitz hinzu. Ihr zur Seite stehen die Bisherigen Morena Beyeler, Hansueli Bourquin, Jürgen Gerber, Markus Minder und Philippe Schenkel. In **Nidau** wurden Peter Lehmann und Philippe Messerli bestätigt (beide bisher). In **Köniz** verlor die EVP einen Sitz und ist künftig mit Hermann Gysel und Bernhard Zaugg vertreten (beide bisher). In **Langnau** ging das Mandat im Gemeinderat verloren. Auch im Parlament verlor die EVP zwei Sitze und ist künftig mit Martin Kohler und Christoph Utiger vertreten (beide bisher).



Benjamin Schaad ist neu im Gemeinderat von Inkwil.



Neu im Grossrat

Für Kantonalpräsidentin Regula Streckeisen rückt Doris Günther per 1. Januar 2014 in den Thurgauer Grossrat nach und wird damit – sprachliche Besonderheit – zur Kantonsrätin.

Wiedergewählt

Brigitte Boller, Gemeindepräsidentin von Bertschikon ZH, wurde zeitgleich mit der Fusion von Wiesendangen und Bertschikon als Gemeinderätin der neuen Gemeinde ehrenvoll wiedergewählt.

Neue Parteiämter

Samuel Eugster ist neuer Sekretär der EVP Kanton St. Gallen. Der 22-jährige HSG-Absolvent folgt auf Corina Oppliger. Er ist seit Mai 2012 im Vorstand der Kantonalpartei.

Renato Pfeffer ist neuer Regionalkoordinator der *jev im Kanton Zürich.

Buchs wählt Blunier

(nh). Wahlerfolg in Buchs AG: Die EVP stellt mit Walter Wyler nicht nur einen Gemeinderat, sondern legt auch im Parlament einen Sitz zu. Wiedergewählt werden Martin Andreas Gysi und Maja Frey-Baumann, neu dabei sind Andreas Burgherr und EVP-Generalsekretär Joel Blunier. In Thalheim stellt die EVP mit Roland Frauchiger auch in Zukunft den Gemeindeammann.

In Aarau behält die EVP zwei Sitze im Einwohnerrat. Die Bisherigen Therese Dietiker und Christoph

Waldmeier werden wiedergewählt. Auch in Windisch verteidigt die EVP den Status quo: Ruedi Kümin, Mathias Richner, Martin Schibli und Ursula Fehlmann werden alle wieder ins Parlament gewählt. In

Wohlen bleibt Barbara Gsell im Einwohnerrat, in Baden wird Fredy Bärtschi wiedergewählt. In Brugg verliert die EVP einen Sitz: Gewählt sind Konrad Zehnder, Johannes Gerber (beide bisher) und Doris Erhardt (neu). Auch in Lenzburg geht leider ein Sitz verloren. Gewählt sind Marcel Spörri und Daniel Frey.

Anzeige



Der Herr segne und behüte Dich.

Die Bibel: 4. Mose 6,24

Agentur C®

A.Z.B.
3000 Bern 7



Heiner Studer tritt zurück

(nh). Nach sechs Jahren an der Spitze der EVP Schweiz tritt Heiner Studer auf die Delegiertenversammlung vom 5. April 2014 in Biel als Parteipräsident zurück. Auf die Frage, weshalb er zurücktreten wolle, antwortete er jeweils, «Wollen» sei das falsche Wort, es sei ein Vernunftentscheid, meint Heiner Studer. «Ich bin der Meinung, dass die EVP nicht von einem Rentner in die nationalen Wahlen 2015 geführt werden soll.» Im Mai werde er 65 Jahre alt. Dann fange für ihn ein neuer Lebensabschnitt an. Bereits

auf Ende Jahr hat sich Heiner Studer nach 40 Jahren, 28 davon in der Exekutive und 20 als Vizeammann, aus der Gemeindepolitik von Wettingen zurückgezogen. Doch Heiner Studer ohne Politik geht irgendwie nicht. So bleibt er der EVP als Mitglied des Zentralvorstandes erhalten und kann die Stabübergabe auf diese Weise optimal begleiten. Weiter engagiert er sich bei der Europäischen Christlichen Politischen Bewegung (ECPM) als Präsident des Beirates.

Mit Heiner Studer hatte die EVP in den letzten Jahren einen äusserst

engagierten Präsidenten, der die Partei umsichtig und mit grossem persönlichen Einsatz geführt hat. Ungezählt sind die Besuche, die er unternommen, die Gespräche, die er geführt, die Mails, die er geschrieben hat. Immer auf seine unnachahmliche, ermutigende Weise, gespickt mit Anekdoten aus seinem reichen politischen Fundus.

Heiner Studer ist ein Mann der Begegnungen. «Lieber Heiner, vielen herzlichen Dank für Dein Engagement, wir freuen uns auf die nächste Begegnung mit Dir!»

EINLADUNG ZUM PARTEITAG

Sonderparteitag «Sicherheit in der Schweiz» und DV der EVP Schweiz vom 25. Januar, 9.45 bis 15.45 Uhr in der Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten.

09.45 Uhr **Fokustag «Sicherheit in der Schweiz»**

Impulsreferate

12.15 Uhr Mittagessen für Angemeldete

13.30 Uhr **Delegiertenversammlung**

Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen

Anmeldung zum Sonderparteitag:

- ganzer Parteitag (CHF 60 für Mitglieder)
- ganzer Parteitag (CHF 70 für Nichtmitglieder)
- nur zur DV mit Essen (CHF 35)
- nur zur DV ohne Essen (kostenlos)

Funktion an der Delegiertenversammlung:

- Delegierter
- Gast ohne Stimmrecht

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bis am 20. Januar 2014 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

EINLADUNG ZUR DV

95. ordentliche DV der EVP Schweiz am 5. April 2014, 10.15 bis 16.00 Uhr im Kongresshaus Biel.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung, Grussworte
3. Abstimmungsvorlagen für den 18. Mai 2014
Mittagessen
4. Bericht über die politische Lage (Heiner Studer)
5. Bericht über das Parteileben (Joel Blunier)
6. Zentralkasse: Jahresrechnung 2013
7. Wahl des Parteipräsidiums
8. Schlusswort

Anschliessend Schifffahrt zum 95-Jahr-Jubiläum der EVP auf dem Bielersee für CHF 50 inkl. Abendessen.

- Anmeldung zur DV mit Mittagessen
- Anmeldung zur DV ohne Mittagessen
- Anmeldung zur Jubiläumsschifffahrt auf dem Bielersee

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bis am 31. März 2014 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7